

**ARMUT
BEDROHT
ALLE**
AKTIONSWOCHE
2021

**SOZIALE
AUSGRENZUNG
DURCH CORONA
VERMEIDEN**

**FOLGEN
ÜBERWINDEN
DEMOKRATIE
STÄRKEN**

18. bis 22. Oktober 2021

**Reader zur landesweiten
Aktionswoche gegen Armut**

Unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg

Weitere Infos unter
www.armut-bedroht-alle.de



Aktionswoche Oktober 2021

Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden

Folgen überwinden und Demokratie stärken

Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung gehören auch zu den Merkmalen der reichen Gesellschaften. Dies in Baden-Württemberg, Deutschland, Europa und weltweit. Die Covid 19-Pandemie hat diese Entwicklung noch beschleunigt. Sie sind – neben der gesundheitlichen Krise - zu Merkmalen der Pandemie geworden.

Die Coronakrise betrifft zwar alle, aber sie trifft armutsgefährdete Menschen besonders hart. Die deutliche Zunahme von Armut, eine weitere Verschärfung und Verfestigung prekärer Lebenslagen und sozialer Ausgrenzung drohen zu den Langzeitfolgen der Pandemie für unsere Gesellschaften zu werden. Dies bestätigen einflussreiche Sozialwissenschaftler*innen, die sich mit den Auswirkungen der Pandemie auf die gesellschaftlichen Verläufe/Verhältnisse beschäftigt haben. Genannt seien stellvertretend Hartmut Rosa, Christoph Butterwegge, Stephan Lessenich und Heinz Bude.

Menschen in Armut sind einem deutlich höheren Infektions- und damit Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Denn sie leben und arbeiten häufig in Feldern der gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen wie kulturellen Gefährdung. Das Virus schlägt in Bereichen von Enge, Wohnungsnot, sozialen Brennpunkten verstärkt zu. Die Fallzahlen sind überdurchschnittlich, die Krankheitsverläufe schwerer und die Sterbezahlen höher. Die Corona-Pandemie macht nochmals deutlich: Zonen der Armut sind Zonen erhöhter gesundheitlicher Gefährdung. So treffen beispielsweise allzu häufig höhere Lärm- und Luftbelastung auf deutlich weniger Angebote der medizinischen Nahversorgung.

Nicht zuletzt zeigt sich das auch daran, dass die Lebenserwartung der von Armut betroffenen deutlich geringer ist als für den Durchschnitt der Bevölkerung.

1

Menschen in prekären Lebenslagen sind von den Auswirkungen der Pandemie nicht nur gesundheitlich, sondern auch sozial und wirtschaftlich besonders hart betroffen. Die Zugänge zu Infrastruktur, zu Bildung und Kultur, zu Grundversorgung und medizinischer Basisversorgung sind ihnen ohnehin massiv erschwert. Jetzt in der Krise verlieren sozial benachteiligte und ausgegrenzte Menschen den Anschluss häufig völlig. Die Armut verfestigt sich weiter. Da gibt es die Abgehängten, die Ausgegrenzten, die von Zwangssystemen der Bildung betroffenen Akteure. Dies betrifft auch Kinder und Jugendliche, Familien und Freundeskreise wie Nachbarschaften besonders hart. Nach weit über einem Jahr Pandemie - in immer wieder kehrenden Wellen - steigt die Erschöpfung der Menschen mit der Pandemie umzugehen. Seelische und körperliche Krisen nehmen zu. Die Zwänge zur Digitalisierung überfordern ins Unerträgliche und bauen zusätzliche Zugangshürden auf.

Der gesellschaftliche Dialog verkürzt sich auf wenige Themen. Inzidenzzahlen werden Grundlage für soziales Verhalten. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Aktivitäten, in Vereinen, Organisationen und Initiativen brechen zusammen, verschwinden einfach. Auch Initiativen von Menschen in Armutslagen aufrecht zu erhalten, gelingt aus zahlreichen Gründen immer weniger. Es fehlt an Kommunikation, Räumen, an Begegnung und Austausch. Dies führt zu Verlust von Vertrauen in die eigene Zukunft und die Verlässlichkeit der unmittelbaren Umgebung. Zusätzliche Existenzängste und Befürchtungen sind die Folge.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind enorm. Sowohl der Verlust regulärer Arbeit als auch der Verlust zahlreicher prekärer bezahlter Arbeit ist bei den von Armut betroffenen besonders augenfällig.

Beschäftigungsverhältnisse am unteren Einkommensrand wie Minijobs etc. brechen in der Pandemie weg. In der Statistik der Jobcenter tauchen diese 2 Millionen Jobs nicht auf. Kurzarbeit von Millionen von Menschen ist Alltag. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass auf dem Arbeitsmarkt langzeitarbeitslose Menschen die großen Verlierer der Krise sind. Für sie wird es noch schwieriger eine reguläre Beschäftigung zu finden.

Folgen überwinden und Demokratie stärken

Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung haben Auswirkungen auf die politische Beteiligung. Menschen in Armut, in isolierten Quartieren, Menschen in Erwerbslosigkeit reagieren mit Rückzug und Verweigerung. Pandemiebekämpfung ist zunächst eine Bekämpfung der wirtschaftlichen Nöte einer globalisierten Industrie und Dienstleistung. Es verfestigt sich der Eindruck, dass die Bedürfnisse und Interessen der von Armut und prekären Lebensverhältnissen Betroffenen von den politischen Parteien nicht wirksam repräsentiert werden. So schwindet das Vertrauen in das politische System. Bei der Überwindung der Pandemiefolgen muss daher ein besonderes Augenmerk auch auf der Förderung und Stärkung der Beteiligung der von Armut Betroffenen sowie der politischen Bildung legen.

Die beiden Netzwerke der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg LAK-BW arbeiten seit 2012 aktiv an der Entwicklung und Stärkung der Partizipationsstrukturen für Menschen in Armutslagen. Die jährlichen Aktionswoche „Armut bedroht alle!“ ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Den Fortbestand und die Stärkung der demokratischen Gesellschaft in und nach der Pandemie gilt es in Baden-Württemberg zu sichern.

Die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg fordert aus armutspolitischer Sicht folgende notwendige Maßnahmen in der Krise der Pandemie und im Hinblick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren:

- Ausbau der Prävention im Bereich Soziales Jugend und Familie, Pflege, Gesundheit (Pandemie, Grundversorgung, Infrastruktur)
- Gesundheit ist ein Menschenrecht und keine Ware: Kostenfreier Zugang aller Menschen zum Gesundheitssystem. Zumindest sofortige Befreiung von Zuzahlungen von Menschen in prekären bzw. vulnerablen Lebenslagen
- Fortschreibung des Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2015 unter Berücksichtigung der Folgen der Pandemie
- Aufnahme der Themen Menschenrechte, Grundrechte, Zivilgesellschaft und Partizipation in die Landesverfassung

- Gründung eines Menschenrechtsbüros Baden-Württemberg der LAK-BW
- Ausbau der Politischen Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen in den Institutionen der Erwachsenenbildung, in der Sozialen Arbeit, beruflichen Bildung, Grundbildung etc.
- Ausbau der digitalen Teilhabe und Förderung des digitalen Kompetenzerwerbs aller Alters- und Sozialschichten der Bevölkerung
- Einrichtung von Ombudsstellen in allen Stadt- und Landkreisen als Anlaufstellen und Vertretung für Menschen in prekären Lebenslagen
- Unabhängige Erwerbslosenberatung in allen Stadt- und Landkreisen
- Förderung eines bezahlbaren sozialen Wohnungsbaus
- Wohnraumsicherung und Bekämpfung von extremer Armut wie Obdachlosigkeit
- Schutz von Minderheiten gegen jede Form der strukturellen Diskriminierung
- Antirassistische Grundpositionen und Förderung von entsprechenden Programmen

**Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden
Folgen überwinden und Demokratie stärken**

Reader zur Aktionswoche zu folgenden Schwerpunkten:

Beteiligen – Befähigen – Unterstützen

Digitalisierung und Bildung

Krise als Chance bedeutet derzeit, das Gelegenheitsfenster, dass sich mit der Pandemie geöffnet hat, für den Kampf gegen Armut kurz- und langfristig zu nutzen.

Armut ist unmittelbar mit Teilhabe verbunden. Partizipation bedeutet im Wesentlichen, Teilhabe und Mitbestimmung als zentrale Kraft des gesellschaftlichen Miteinanders anzuerkennen. Es gilt, Betroffene zu Beteiligten zu machen und sie als Experten ihrer Lebenslagen anzusprechen. So kann nicht nur verhindert werden, an den Bedürfnissen und Bedingungen von Armut betroffener Menschen vorbeizuplanen, sondern auch die Demokratisierung der Gesellschaft insgesamt weiterentwickelt werden.

So können Kommunen Förderstrukturen zur Armutsprävention gemeinsam mit beteiligten Akteurinnen und Akteuren aus benachteiligten Stadtteilen/Sozialräumen erarbeiten; und der Bund und/oder das Land kann die digitale Ausstattung (Internetzugang) und die Befähigung zum Umgang mit der Technik fördern.

Digitale Angebote könnten unter Berücksichtigung des Gebots der Niederschwelligkeit, etwa durch den Gebrauch leichter Sprache, mithilfe von Apps zur Versendung von Unterlagen und einer einfachen und schnellen telefonischer Erreichbarkeit ausgebaut werden.

Insbesondere bei Neuzugewanderten müssen aufsuchende Angebote und Zugänge über Social Media durch sprachkundiges Personal ermöglicht werden.

Zentral ist der Ausbau des Angebots von Einrichtungen in den Quartieren: Familienzentren, Familienbüros, Jugendzentren, mehr „Streetworker“ und Quartiersarbeiter*innen, die Entwicklung von Patenmodellen und die Gewinnung von Ehrenamtlichen aus den Milieus der Adressaten*innen, was wiederum zu einem Zuwachs an Vertrauen bei den Adressaten*in z.B. gegenüber Ämtern und Fachkräften führen kann.

Die Umkehr von „Abwärtsspiralen“ in benachteiligten Quartieren sowie die Bekämpfung von lokalen Armutslagen muss als selbstverständliche Daueraufgabe angenommen und umgesetzt werden. Ein erweiterter Bildungsbegriff kann die exkludierende Wirkung des tradierten Bildungsverständnisses überwinden. Die stärkere Verankerung eines weiten Bildungsbegriffes in der kommunalen Bildungsplanung würde es zukünftig auch in Ausnahmesituationen erlauben, Räume für neue Bildungsprozesse offenzuhalten, zu koordinieren, zu unterstützen und so eine weitgehende Aufrechterhaltung des „Bildungsbetriebs“ zu ermöglichen

Arbeit

Die Pandemie hat massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Dem hat die Politik verschiedene konjunkturelle, arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen entgegengestellt. Insbesondere die Kurzarbeit wurde in nie gekanntem Ausmaß in Anspruch genommen und hat ohne Zweifel in vielen Fällen Arbeitslosigkeit verhindert. Die Folgen der Krise sind auch auf dem Arbeitsmarkt deutlich erkennbar und sie treffen vor allem Menschen in Armutslagen. So sind seit

Beginn der Krise trotz der politischen Maßnahmen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung massiv angestiegen. Besonders betroffen sind Menschen, die vor der Krise prekär beschäftigt waren und dann diese Jobs verloren; sei es im Niedriglohnbereich, in Leiharbeit oder auch in geringfügiger Beschäftigung. Zudem wurden überdurchschnittlich häufig Beschäftigte ohne formalen Berufsbildungsabschluss arbeitslos. Für sie wird die Überwindung der Arbeitslosigkeit besonders schwer. Denn gleichzeitig beeinflusst die andauernde Krise die Wahrscheinlichkeit einen neuen Job zu finden. Unternehmen stellen weniger ein, ganze Branchen liegen brach.

In der Folge sind immer mehr Menschen immer länger arbeitslos. So erreichte die Langzeitarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ein Langzeithoch. Im April 2021 waren 85.780 Menschen und damit jeder Dritte gemeldete Arbeitslose langzeitarbeitslos, konnten also seit über 12 Monaten keine Beschäftigung finden. Langzeitarbeitslosigkeit droht sich dauerhaft zu verfestigen. Besonders bedrohlich ist die Lage für diejenigen, die bereits vor Corona langzeitarbeitslos waren.

Diese Entwicklung muss Sorge bereiten, denn Langzeitarbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut, Gesundheitsgefährdung und soziale Exklusion und hat weitreichende Auswirkungen, auch auf die Angehörigen der Betroffenen bspw. Kinder und Jugendliche in den Bedarfsgemeinschaften. Kinder und Jugendliche in Haushalten, in denen die Erwachsenen im Leistungsbezug leben, sind stärker als andere gefährdet, einmal selbst von Grundsicherung leben zu müssen.

Auch auf dem Ausbildungsmarkt zeigen sich die Auswirkungen der Pandemie. Die neu geschlossenen Ausbildungsverträge erreichten im letzten Ausbildungsjahr ein Rekordtief. Auch in diesem Ausbildungsjahr setzt sich dieser Trend fort. Viele Jugendliche bleiben bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unversorgt. Jugendliche, die bereits vor Corona keine oder nur mit Unterstützung eine Lehrstelle finden konnten, brauchen mehr denn je eine Hilfestellung, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu bewerkstelligen. Damit sie nicht dauerhaft zu Verlierer*innen auf dem Ausbildungsmarkt werden, braucht es strukturelle Änderungen und staatliche Antworten dort, wo der Markt versagt.

Es gilt, dass junge Menschen ein Recht auf Bildung haben, und diese endet nicht mit dem Ende der Schulpflicht. Auch eine betriebliche oder schulische Ausbildung ist ein im wahrsten Sinn existentieller Teil von Bildung. Daher braucht es neben einer Stärkung bewährter Ansätze eine gesetzliche Verankerung einer Ausbildungsgarantie.

Gesundheit

Gesundheit und Armut stehen in einem engen Zusammenhang. Menschen, die von Armut betroffen sind, haben deutlich größere Gesundheitsrisiken und eine kürzere Lebenserwartung als Menschen aus anderen Einkommensschichten. In diesen Zeiten der Pandemie besteht insbesondere für Kinder aus armen Familien ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Benachteiligung und Armut sind häufig verbunden mit schlechteren Bildungschancen. Zwischen Bildungschancen und Gesundheit besteht ebenfalls ein enger Zusammenhang. Benachteiligte Menschen haben teilweise nicht die gleichen Zugangschancen zum Gesundheitswesen. Dies betrifft insbesondere wohnungslose Menschen beziehungsweise Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder mit ungeklärtem Versichertenstatus. Für viele benachteiligte Menschen stellen u.a. der Zugang zu Impfungen, Zuzahlungen und Kosten für nicht verschreibungspflichtige Medikamente eine sehr hohe Anforderung und teilweise Überforderung dar. Ihre Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten können im Gesundheitswesen eingeschränkt sein.

Investitionen in Bildungsgerechtigkeit sind z.B. eine Investition. Die Zusammenhänge zeigen Gesundheit und Bildung zeigen, dass das Thema Gesundheit in der Pandemie nicht allein aus der Perspektive des Gesundheitswesens und der Gesundheitspolitik gesehen werden kann. Das Gesundheitswesen könnte noch so gut mit Ressourcen ausgestattet werden. Es wird diese Zusammenhänge zwischen Armut - Bildung - Gesundheit - Benachteiligung nur begrenzt verändern. Im Gegenteil - das Gesundheitswesen und seine Akteure sind häufig Auffangbecken für soziale Nöte von Menschen - sei es Einsamkeit, Arbeitslosigkeit, fehlende Beheimatung oder das Risiko, abgeschoben zu werden. Dies wurde innerhalb der Lockdown-Phasen im vergangenen und diesem Jahr immer wieder deutlich.